**Zu TOP 4 Weiterführung des Personalstellenprogramms des Landkreises Oder-Spree zur Förderung sozialpädagogischer Fachkräfte der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit
Vorlage: 064/2017**

Herr Neidhardt bringt die Vorlage ein.

Herr Wende fragt zum Sachverhalt des Trägerwechsels in der Gemeinde Steinhöfel nach und will wissen, wie Bedarfe festgestellt werden.

Herr Isermeyer antwortet, dass mit dem Personalstellenprogramm der Rahmen gesetzt wird. Es werden mit allen Trägern, auf Grund eines qualifizierten Berichtswesens, Schwerpunkte und Handlungsfelder beraten und in den Verträgen verankert. Der Erstellung des Personalstellenprogramms für die nächste Förderperiode 2018-2020 ging eine Abstimmung mit den Kommunen voraus. Alle Kommunen übernehmen die Kofinanzierung.

Frau Kilian berichtet zu Steinhöfel, dass Frau Gersdorf, die Ortsvorsteherin von Heinersdorf sich mit der Problematik des Trägerwechsels an Sie als Vorsitzende des Jugendhilfeausschuss gewendet hat. Ihre Bedenken sind, dass die Räumlichkeiten des Jugendklubs nicht mehr zur Verfügung stehen. Es gibt große Differenzen hierzu mit der Gemeindeverwaltung. Frau Gersdorf ist der Auffassung, dass daher künftig keine Angebote für Kinder des Ortsteiles Heinersdorf mehr vorgehalten werden können.

Sie wurde in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung eingeladen, wo sie die Gelegenheit erhalten hat, die Sachlage aus ihrer Sicht zu schildern. Frau Christiani hat im UA JHPL noch einmal explizit betont, dass es im Ortsteil Heinersdorf aus Sicht des Jugendamtes weiterhin Angebote geben wird, da für die Kinder- und Jugendarbeit aus dem Personalstellenprogramm 20 Stunden vorgesehen sind und darüber hinaus den Kindern der Schule in Heinersdorf die Angebote der Sozialarbeit zur Verfügung stehen.

Im Ergebnis der Diskussion im Unterausschuss Jugendhilfeplanung hat Frau Kilian angeboten, mit der Bürgermeisterin in ein Gespräch zu gehen und mit ihr und der Ortsvorsteherin die Situation zu erörtern und zu beraten. Die Situation ist aus Sicht der Mitglieder des Unterausschuss Jugendhilfeplanung vor Ort zu klären.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss bestätigt einen Gesamtbedarf von 68,25 Personalstellen und beschließt die Vergabe entsprechend der Anlage zur vorliegenden Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zu TOP 5 Präsentation zum Stand Modellprojekt "Angebote für Kinder im Grundschulalter und ihre Eltern"

Der Jugendhilfeausschuss hat mit dem Start des Modellprojektes die Verwaltung des Jugendamtes beauftragt in seiner letzten Sitzung des Jahres einen Bericht zum Zwischenstand zu geben. Herr Saupe gibt einen Abriss zum bisherigen Prozessverlauf des Modellprojektes. Hier geht er auf den Anlass des Modellprojektes, den Auftrag des Jugendhilfeausschusses zur Durchführung des Projektes sowie den bisherigen Entwicklungsstand ein ([siehe Anlage 1 – Handout zum Zwischenstand des Modellprojektes, Übersicht Planung Modellprojekt](#)).

Modellregionen und Träger sind:

- Eisenhüttenstadt, pewobe gGmbH Frankfurt/Oder
- Fürstenwalde, BSG Pneumant Fürstenwalde e.V.
- Beeskow/Friedland, Stiftung SPI NL Brandenburg Süd-Ost
- Storkow, Caritasverband für das Erzbistum Berlin Region Brandenburg

Seit Ende März des Jahres erfolgt eine kontinuierliche fachliche Begleitung der Modellprojektträger (Arbeitstreffen des Jugendamtes mit den Modellprojektträgern, begleitet durch das Beratungsunternehmen KORUS, Treffen im zweimonatigem Rhythmus, Informationsaustausch, Feedback zur Umsetzung der Ziele und Datenerfassung.

Die Fachhochschule Potsdam wurde mit der wissenschaftlichen Begleitung des Prozesses beauftragt und erstellt bis Ende März eine gutachterliche Stellungnahme. Die beiden Professorinnen der Fachhochschule Potsdam, die gemeinsam mit ihren Studenten zu Gast im Jugendhilfeausschuss sind, erläutern ihr Vorgehen.

Die vier Projektträger und Ihre Fachkräfte präsentieren ihre Projekte. (siehe Anlage 2-5 – Handouts der der Modellprojektträger)

Herr Isermeyer gibt den folgenden Ausblick zum Modellprojekt:

- Die Modellprojektphase läuft planmäßig am 30.06.2018 aus, wenn Sie nicht optional weiter geführt wird. Ein entsprechendes Förderprogramm (Richtlinie) ist dem Kreistag somit am 27.06.2018 als Beschlussvorlage vorzulegen.
- Die Befassung im Jugendhilfeausschuss ist für den 31.03.2018 und im Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 17.05.2018 geplant.

Frau Kilian dankt den Projektträgern für die sehr aussagekräftigen Präsentationen. Sie orientiert darauf, dass das Modellprojekt erst einmal wie geplant bis zum 30.06.2018 weitergeführt wird, mit der Option der Verlängerung. Die Fortführung der vier Projekte ist bis 31.12.2018 zu sichern. Der Jugendhilfeausschuss und sein Planungsausschuss werden sich mit dem Gutachten der Fachhochschule Potsdam beschäftigen und zu der von der Verwaltung einzubringenden Beschlussvorlage (Richtlinie zur Förderung) positionieren.

Zu TOP 6 Information zum Stand der Entwicklung der Eltern-Kind-Zentren

Die Richtlinie ist durch den Jugendhilfeausschuss im September 2016 beschlossen worden und am 01.01.2017 in Kraft getreten,

Derzeitiger Bestand an Eltern-Kind-Zentren:

- Erkner Hort „Klappstulle“, Future e.V.
- Grünheide Campus im Bürgerhaus, Gemeinde Grünheide
- Amt Odervorland Kita „Kinderrabat“ Briesen, AWO Kreisverband Fürstenwalde
- Storkow Altstadt Kita, Stadt Storkow
- Beeskow Kita „Kiefernzwerg“, DRK
- Eisenhüttenstadt Kita „Pustebume“, Stadt Eisenhüttenstadt

- Woltersdorf ruht derzeit auf Grund eines Trägerwechsels, es ist ange-dacht die Arbeit künftig wieder zu aktivieren.

Für 2018 liegen von folgenden Kommunen Anträge zur Förderung eines Eltern Kind-Zentrums vor:

- Gemeinde Schöneiche
- Stadt Friedland
- Gemeinde Steinhöfel.

- Die Stadt Eisenhüttenstadt hat vorangekündigt in 2019 ein weiteres Eltern-Kind-Zentrum zu schaffen.

Es läuft ein Begleitprozess zur Umsetzung der QS (Handlungsfelder) durch das Felsenweg Institut, Frau Ebert. Das Jugendamt wird im Tandem durch Frau Kleinert, die Praxisberatung und punktuell Frau Alex vertreten

- 1. Treffen: Wirkungsorientierte Arbeit, Indikatoren festgelegt
- 2. Treffen Methoden der Reflexion/Dokumentation.

Zu TOP 7 Voraussetzungen für einen Kreis-Elternbeirat für Kita schaffen Vorlage: 006/DIE LINKE/2017

Die Fraktion Die Linke hat im Kreistag den Antrag gestellt, die Bildung eines Kreiselternerates für Kindertagesstätten anzuregen. Der § 6a des KitaG Land Brandenburg als Rechtsgrundlage (Novellierung des Gesetzes 27.07.2017) ermöglicht es, bei Bedarf und Initiative interessierter Eltern einen Kreiselternerat zu gründen.

Es wurde bereits in der letzten Sitzung des JHA darüber informiert, dass die Verwaltung des Jugendamtes eine Veranstaltung am 21.11.2017, in der Zeit von 16.00 bis 18.00 Uhr plant, zu der interessierte Eltern eingeladen werden.

Hierzu sind an alle Kindertagesstätten des Landkreises Briefe versendet worden, mit der Bitte die Wahl von interessierten Eltern zu ermöglichen.

Der Ablauf der Veranstaltung ist wie folgt geplant:

1. Fachlicher Input durch Vertreter des Ministeriums „Was bezweckt der Gesetzgeber mit dieser Regelung?“
2. Praxisbericht – Vertreter Elternrat Dahme-Spreewald, alternativ Herr Begbie
3. Abfragen des Bedarfes – Was genau wünschen die gewählten Eltern in diesem Rahmen?

Wenn aus dieser Veranstaltung heraus die Gründung eines Elternrates angeregt und von den Vertretern getragen wird, wird die Verwaltung des Jugendamtes die Bildung eines Kreiselternerates unterstützen.

Der Antrag der Fraktion „Die Linke“ ist noch einmal in den Jugendhilfeausschuss verwiesen worden.

Frau Kilian stellt die Frage, ob der Antrag in der heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses behandelt werden soll. Die Mitglieder entscheiden sich mehrheitlich dafür, den Antrag zu beraten.

Die Mitglieder stimmen mehrheitlich für den Antrag.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zu TOP 8 Rückblick - Fachdialog "Das SGB VIII im Wandel" Burg Storkow

Herr Isermeyer informiert zu zu o.g. Fachveranstaltung.

Am 26.09.2017 luden der Jugendhilfeausschuss und das Jugendamt des Landkreises Oder-Spree im Rahmen der Netzwerke "Frühe Hilfen" zu einem Dialogforum auf die Burg in Storkow ein. Über 100 Anmeldungen aus der kommunalen und überregionalen Fachöffentlichkeit und Fachpolitik zeigten ein breites Interesse an diesem Thema. Eingeladen waren u.a. die Verwaltungsleitung, Bürgermeister und Amtsdirektoren, Landtagsabgeordnete des LOS, Mitglieder der AG 78 SGB VIII, Mitglieder des JHA und UA JHpl, Fachkräfte der „Frühen Hilfen“.

Herr Dr. Berger, Vorsitzender des Kreistages des Landkreises Oder-Spree, sprach die Grußworte, in denen er sich für das Engagement des Jugendamtes für Familien bedankte. Herr Prof. Dr. Reinhard Wiesner, Hauptreferent des Tages ging insbesondere auf den Reformprozess ein, der bereits in den 70er und 80er Jahren begann. Er ging auf den mutmaßlichen Reformbedarf ein, stellte zentrale Themen in den Arbeitsentwürfen der neuerlichen Reformdiskussionen vor und lud dazu ein, den Entwurf zu diskutieren. Dabei brachte er seine Erfahrungen und Hypothesen zu den Auswirkungen einer möglichen Reform ein. Im Anschluss berichtete Réka Fazekas vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (DV) über das Dialogforum "Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe", welches der DV im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchführt. Durch die erneute Rücknahme der Gesetzesvorlage von der Tagesordnung im Bundesrat am 22.09.2017 bliebe mehr Zeit für Diskussionen. Es wurden 4 AG´n gebildet, in denen 30-40 Teilnehmer aus unterschiedlichen Berufsfeldern zu den dort benannten Themenschwerpunkten diskutieren. Aus den diskutierten Inhalten dieser AG´n sollen Empfehlungen für die Bundesregierung abgeleitet werden.

In der Folge wurde im Plenum mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutiert, welche Chancen und Risiken sie sehen, sollte die Reform in der bestehenden Fassung in Kraft treten. Hier sah man den Blick auf das Kind und sozialraumorientierte Ansätze als gestärkt an, lobte eine breitere Diskussionsmöglichkeit, gab aber auch zu bedenken, dass Beteiligungsrechte von Eltern in Gefahr sein könnten. Fazit der Veranstaltung ist eine Beteiligung von Kindern im Hilfeplan stärker zu fordern/zu fördern, die Behindertenverbände in den Diskurs vor Ort einzubeziehen und die Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) vor Ort zu diskutieren. Ansonsten gab es eine eher verhaltene Diskussion, da die Gesetzesreform noch nicht verabschiedet ist.

In seiner Schlussrede gab Herr Isermeyer einen Ausblick auf die kommende Zeit. Dabei legte er den Schwerpunkt auf die kommunalpolitischen Gestaltungsspielräume und die damit verbundene Verantwortung bei der Umsetzung des SGB VIII in die Praxis. Er lud die Fachöffentlichkeit dazu ein, sich am Fachdiskurs vor Ort zu beteiligen.

Die Redebeiträge sind unter dem Link <http://fachleute.los-family.de/2017/10/12/fachdialog-das-sgb-viii-im-wandel-auswirkungen-einer-moeglichen-sgb-viii-reform-auf-kinder-jugendliche-und-familien/> einseh- und abrufbar.

Herr Wende begrüßte die Durchführung der Veranstaltung und schlug vor die Entwicklung des Gesetzesentwurfes im Auge zu behalten. Wenn es neue Entwürfe geben sollte, ist im Jugendhilfeausschuss zu beraten wie damit im LOS umzugehen ist.

Zu TOP 9 Bericht aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Ullrich informiert, dass der UA JHPL am 19.10.2017 wiederum nicht beschlussfähig war. Der größte Teil der fehlenden Mitglieder hat sich weder vorher entschuldigt noch einen Stellvertreter gesendet. Damit war der Ausschuss nicht arbeitsfähig. Es wurde im Interesse der Gäste jedoch getagt, obwohl die anwesenden Mitglieder hierfür kein Sitzungsgeld erhalten. Es sollte überlegt werden wie man in Zukunft damit umgeht.

Zu TOP 10 Information der Verwaltung

Herr Isermeyer gibt eine Erklärung zu seinem Weggang ab. Er geht u.a. darauf ein, was in seiner Amtszeit erreicht wurde und was noch offen geblieben ist. Er dankt der Leitung und den Mitarbeitern des Jugendamtes, die er in seiner Amtszeit als sehr engagiert und fachkompetent erlebt hat sowie den Mitgliedern des Jugendhilfeausschuss, den Trägern der freien Jugendhilfe, Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Ämter, Städte und Gemeinden und weiteren Partnern für die konstruktive Zusammenarbeit.

Was haben wir gemeinsam erreicht:

- Rahmenkonzept Sozialraumorientierung
- Qualifizierung der Arbeit des JHA, Klausurtagungen des Jugendhilfeausschuss, jährlicher Arbeitsplan
- Qualifizierte Kinderschutzberichterstattung
- Stabilisierung und Halten der Strukturen in der Kinder und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit
- Weiterentwicklung der Eltern-Kind-Zentren (Richtlinie, QS)
- Jährliche Klausurtagungen der Leitung des Jugendamtes und Gesamtmitarbeiterberatungen
- Netzwerke „Frühe Hilfen“ und „Gesunde Kinder“
- Schaffung von wirksamen Arbeitsgremien
- Weiterentwicklung der LQE
- Qualitätstandards „Flexibele ambulante Einzelfallhilfen“
- 2015/2016 Herausforderung der Schaffung von Angeboten für junge Flüchtlinge
- Eltern- Kind-Gruppen als ein Angebot für geflüchtete Familien

Was ist offen geblieben:

- Modellprojekt „Angebote für Kinder im Grundschulalter und ihre Eltern“
- Struktur und Personalausstattung im Allgemeinen Sozialdienst
- Konzeption zur Weiterentwicklung der Jugendhilfeplanung

Er appelliert noch einmal an alle Verantwortungsträger sich den noch offenen Themen und Projekten anzunehmen und die erforderlichen Rahmenbedingungen zu gestalten.

Herr Lindemann bringt zum Weggang von Herrn Isermeyer zum Ausdruck, dass er den Schritt bedauere, weil er seine fachliche Kompetenz, seine Zielstrebigkeit und sein strukturelles Vorgehen geschätzt habe.

Die Nachbesetzung ist nun zu klären. Kurz nach der Anhörung im Landtag zur Kreisgebietsreform habe Herr Isermeyer ihn um Aufhebung seines Arbeitsvertrages gebeten. Er hat sich dann sofort mit der Personalabteilung in Verbindung gesetzt. Auf Grund der bis dahin noch nicht abgesagten Kreisgebietsreform, wurde intern und auf Zeit ausgeschrieben. Die Ausschreibung ist auf dem Weg. Er unterbreitet den Vorschlag Vertreter der Leitung des Jugendamtes und Vertreter des Jugendhilfeausschusses in die Bewerbungsgespräche einzubeziehen. Sollten sich im laufenden Ausschreibungsverfahren keine geeigneten Bewerber finden, wird extern ausgeschrieben.

Der Jugendhilfeausschuss delegiert hierzu die Vorsitzende Frau Kilian und den Stellvertreter Herr Wende.

Zu TOP 11 Sonstiges

Es gab keine Wortmeldungen.

Monika Kilian
Vorsitzender des
Jugendhilfeausschusses

Stephan Wende
stellv. Vorsitzende des
Jugendhilfeausschusses

Birgit Krüger
Schriftführer/in